

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DVR: 0000060

II-8244 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

WIEN, am 10. Juli 1989

Zl. 190.120/26-III.1/89

Anfrage der Abg. zum Nationalrat Dr. PILZ, SMOLLE und Freunde betreffend Beteiligungen, Kredite, Anleihen, Joint-Venture-Verträge, AG-Beteiligungen öst. Banken an südafrikan. Firmen, Parastatals der Rep. Südafrika, öffentlichen Einrichtungen und Staatsunternehmungen der Rep. Südafrika im Zeitraum von 1985 bis 1988 (Nr. 3734/J-NR 89 vom 16. Mai 1989)

3738/AB
1989-07-14
zu 3734/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Pilz, Smolle und Freunde haben am 16. 5. 1989 unter Nr. 3734/J an mich eine Anfrage betreffend Beteiligungen, Kredite, Anleihen, Joint-Venture-Verträge sowie AG-Beteiligungen österreichischer Banken (insbesondere CA-BV, Zentralsparkasse, Allgemeine Sparkassa, Brüder Gutmann Nachfolger AG, Genossenschaftliche Zentralbank, Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen AG, Länderbank, Salzburger Sparkasse und PSK) an südafrikanischen Firmen, Parastatals der Republik Südafrika, öffentlichen Einrichtungen und Staatsunternehmungen der Republik Südafrika im Zeitraum von 1985 bis 1988 gerichtet, die folgendermaßen lautet:

1. Welche Beschlüsse hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen betreffend die Zusammenarbeit mit südafrikanischen Banken seit 1980 gefaßt? Welche davon haben empfehlenden, welche einen sich der Verbindlichkeit annähernden Charakter?
2. Wie sah das Abstimmungsverhalten Österreichs bezüglich der Sanktionspolitik gegenüber Südafrika in diesem Zeitraum aus?
3. Welche Schritte der Umsetzung dieser UN-Beschlüsse haben Sie in Ihrer Dienstzeit gesetzt?
4. Wie beurteilen Sie die Qualität der österreichischen Sanktionspolitik gegenüber dem Apartheidstaat im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Staaten - insbesondere Schweden, England, Irland und die BRD?

- 2 -

5. Welche Beteiligungen (Joint Ventures, Aktien, Zeichnungen, Anleihen, Kredite) österreichischer Banken an Firmen, Staatsunternehmungen, Holdings, öffentliche Unternehmungen, Städte der Republik Südafrika hat es im Zeitraum zwischen 1984 und 1988 in welcher Höhe gegeben?
6. Welchen Standpunkt vertraten die genannten Banken hinsichtlich der internationalen Rettungsaktion für den im August 1985 zahlungsunfähig gewordenen Apartheid-Staat (Leutwiler-Kommission)?
7. In welcher Höhe bewegte sich der Devisenverkehr zwischen Österreich und der Republik Südafrika im Zeitraum zwischen 1982 bis 1988?
8. Werden Sie im Sinne der Sanktionspolitik eine Prüfung der Banken und ihrer Beteiligungen insbesondere an folgenden Unternehmungen der Republik Südafrika vornehmen: Post- und Telegrafenverwaltung, ISKOR, South African Transport Services, City of Johannesburg, Electricity Supply Commission, Republic of South Africa, ESCOM?
9. Werden Sie den genannten Banken die außenpolitische Beurteilung der Apartheidpolitik durch Österreich mit dem Ziel zur Kenntnis bringen, das finanzielle Engagement dieser Banken in Südafrika zu verringern?
10. Sehen Sie in dieser Frage einen politischen Handlungsbedarf Ihres Ministeriums?

Ich beeche mich, diese Fragen wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Nach Art. 10 ff. der Charta der Vereinten Nationen kann die Generalversammlung zu allen "Fragen und Angelegenheiten ... die in den Rahmen der Charta fallen ... Empfehlungen an die Mitglieder der Vereinten Nationen und/oder an den Sicherheitsrat richten". Sie tut dies in der Regel durch Resolutionen.

Von einem "sich der Verbindlichkeit annähernden Charakter" im völkerrechtlichen Sinn kann allerdings selbst bei einer hohen Anzahl von Ja-Stimmen nicht gesprochen werden.

Die Generalversammlung (GV) beschäftigt sich seit ihrer 30. Tagung (1975) unter dem Tagesordnungspunkt (TOP) "Für die Achtung der Menschenrechte nachteilige Auswirkungen politischer, militärischer, wirtschaftlicher und anderer Formen von Unterstützung, die dem rassistischen und kolonialistischen Regime von Südafrika gewährt wird" mit einem im wesentlichen stets unverändert vorgelegten Resolutionsentwurf, der von der afrikanischen Regionalgruppe eingebracht wird (vgl. Beilage A).

- 3 -

Der UN-Sonderberichterstatter Ahmed KHALIFA (Aegypten) legt der GV alle 2 Jahre einen Bericht vor, der Unternehmen, Banken und andere Organisationen namentlich anführt, die mit Südafrika Geschäftsbeziehungen unterhalten. Die Resolution verurteilt in scharfer Form die Zusammenarbeit bestimmter westlicher Länder und Israels sowie multinationaler Unternehmen mit Südafrika. Der Sicherheitsrat wird aufgefordert, dringend die Ergreifung von Maßnahmen gegen Südafrika gemäß Kapitel VII der UN-Charta zu erwägen. Regierungen jener Länder, in denen sich die im Bericht von KHALIFA angeführten Unternehmen befinden, werden aufgefordert, deren Aktivitäten in Südafrika zu unterbinden. Seit der 41. GV wird in der ggstl. Resolution gefordert, den Sonderberichterstatter durch zwei Wirtschaftsexperten in seiner Arbeit zu unterstützen. Diese Forderung wurde auf der 43. GV erneuert.

Der Bericht KHALIFAs wird regelmäßig von westlichen Staaten als politisch motiviert zurückgewiesen. WEOG-Staaten (westeuropäische und andere Staaten) kritisierten insbesondere, daß im Bericht die mit Südafrika Geschäftsbeziehungen unterhaltenden Unternehmen gewisser Staatengruppen, wie etwa der osteuropäischen und der afrikanischen Staatengruppe, nicht aufscheinen. So zählte der Bericht auf der 41. GV 30 Staaten auf, die mit Südafrika Handelsbeziehungen unterhielten, während nach einer vom Vertreter Israels zitierten Statistik des Internationalen Währungsfonds 140 Staaten mit Südafrika in derartigen Handelsbeziehungen standen.

Die WEOG-(und andere) Staaten haben demzufolge seit 1980 stets gegen die ggstl. Resolution gestimmt bzw. sich der Stimme enthalten.

Zu Frage 2:

Es darf angenommen werden, daß das österreichische Abstimmungsverhalten lediglich hinsichtlich der in Frage 1 angesprochenen Resolution zu prüfen ist. Es darf aber darauf hingewiesen werden, daß der GV jährlich unter dem TOP "Apartheid" bis zu 11 Resolutionsentwürfe vorliegen, die teilweise die Forderung nach Sanktionsmaßnahmen zum Inhalt haben. Österreich hat sich bei den ggstl. Resolutionen stets der Stimme enthalten (auf der 43. GV u.a. zusammen mit Australien, Kanada, Dänemark, Finnland, Griechenland, Island, Irland, Malta, Neuseeland, Norwegen, Spanien, Schweden etc.).

- 4 -

Die Abstimmungsergebnisse im einzelnen (österreichisches
Abstimmungsverhalten unterstrichen):

| | | |
|---------|-------------|-------------------|
| 35. GV: | Res. 35/32: | 117:10: <u>15</u> |
| 37. GV: | Res. 37/39: | 121:10: <u>14</u> |
| 39. GV: | Res. 39/15: | 120:10: <u>14</u> |
| 41. GV: | Res. 41/95: | 126:10: <u>17</u> |
| 43. GV: | Res. 43/92: | 129:10: <u>17</u> |

Der Abstimmungsspiegel der 43. GV wird mit Beilage B vorgelegt.

Zu Frage 3:

Wie oben erwähnt, besteht keine rechtliche Verpflichtung Österreichs zur Umsetzung dieser Beschlüsse der GV. Allerdings hat Österreich die Apartheidspolitik Südafrikas seit jeher als institutionalisierte Menschenrechtsverletzung verurteilt und entsprechende Maßnahmen gegen Südafrika gesetzt.

Insbesondere hat Österreich dem vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 4.11.1977 beschlossenen Waffenembargo durch Anwendung des Bundesgesetzes vom 18.10.1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial, BGBl. Nr. 540/77 i.d.F. BGBl. Nr. 358/82, und der Verordnung der Bundesregierung vom 22.11.1977 betreffend Kriegsmaterial, BGBl. Nr. 624/1977, sowie durch die Verordnung der Bundesregierung vom 8.10.1985 über die Untersagung der Ausfuhr von Kriegsmaterial sowie von zivilen Waffen und ziviler Munition in die Republik Südafrika, BGBl. Nr. 434/1985, entsprochen.

Darüber hinaus hat die österreichische Bundesregierung am 23.9.1985 im autonomen Nachvollzug der Resolutionen des Sicherheitsrates 566/1985 und 569/1985 und durch einen weiteren Beschuß der Bundesregierung vom 6.10.1986 folgende Maßnahmen beschlossen:

- 5 -

- Investitionsstopp der öffentlichen Hand sowie Verbot von privaten Neuinvestitionen
- keine öffentlichen Haftungen für Exportkredite
- keine Beteiligung öffentlicher Unternehmen an südafrikanischen Ausschreibungen im Nukleurbereich
- Untersagung der Exporte von Computerausrüstungen, die von der südafrikanischen Armee und Polizei verwendet würden
- weitere Einschränkungen der sportlichen und kulturellen Beziehungen durch Einstellung von Subventionen an Sportorganisationen, die Kontakte mit Südafrika fortsetzen sowie durch Sichtvermerkssperren für Sportler aus Südafrika und Einstellung von Stipendien
- Verbot des Imports von Eisen, Stahl und Goldmünzen südafrikanischer Herkunft

Zu Frage 4:

Die österreichischerseits gegenüber Südafrika ergriffenen Sanktionsmaßnahmen entsprechen denen anderer vergleichbarer westeuropäischer Staaten.

Zu Frage 5:

Die geschäftlichen Aktivitäten österreichischer Banken, u.a. auch solche mit südafrikanischen Institutionen (Firmen, Staatsunternehmen, öffentliche Unternehmen und Körperschaften), unterliegen gem. § 23 des österreichischen Kreditwesengesetzes dem Schutz des Bankgeheimnisses und sind mir nicht bekannt.

Zu Frage 6:

Der Standpunkt der einzelnen österreichischen Banken hinsichtlich ihrer Teilnahme an internationalen Vereinbarungen mit Südafrika unterliegt gleichfalls dem Bankgeheimnis sowie dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnis der Banken und ist mir ebenfalls nicht bekannt.

Das Bundesministerium für Finanzen hat mitgeteilt, daß es im Rahmen seiner Bankaufsichtstätigkeit keine Berichte von Banken über eine Rettungsaktion für Südafrika (Leutwiler-Kommission) eingefordert hat.

- 6 -

Zu Frage 7:

Die Leistungsbilanz zwischen Österreich und Südafrika weist für die Jahre 1982 bis 1987 netto folgende Ergebnisse auf:

| (in Mio. öS) | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 |
|---|------|------|------|------|------|------|
| Handelsbilanz | 481 | 653 | 590 | 141 | 152 | 431 |
| Dienstleistungsbilanz | 195 | 213 | 274 | 378 | 297 | 232 |
| Nicht in Waren oder Dienstleistungen unterteilbare Leistungen | 257 | 302 | 277 | 257 | 247 | 134 |
| Transferleistungen | -24 | -24 | -36 | -21 | -34 | -34 |
| Leistungsbilanz insg.: | 909 | 1143 | 1106 | 755 | 663 | 763 |

Für das Jahr 1988 steht das Ergebnis der Leistungsbilanz zwischen Österreich und Südafrika noch aus.

Kapitalverkehrsbilanzen sind lt. Auskunft der Österreichischen Nationalbank streng vertraulich und können daher nicht veröffentlicht werden.

Zu Frage 8:

Bankprüfungen im Sinne einer Sanktionspolitik sind gesetzlich nicht gedeckt. Gesonderte kreditwesenrechtliche Prüfungen bei den österreichischen Banken bezüglich der Geschäftsverbindungen mit Südafrika sind laut Mitteilung des Bundesministeriums für Finanzen zur Zeit nicht vorgesehen.

Zu den Fragen 9 und 10:

Die außenpolitische Beurteilung der Apartheidspolitik durch Österreich ist allgemein bekannt. Aufgrund des Kreditwesengesetzes besteht keine rechtliche Handhabe, das finanzielle Engagement österreichischer Banken in Südafrika zu beeinflussen.

Den Beschluss der österreichischen Bundesregierung vom 6.10.1986 betreffend Massnahmen gegen Südafrika, insbesondere die Ausweitung des am 23.9.1985 von der Bundesregierung für die in öffentlicher Hand oder im öffentlichen Besitz befindlichen Unternehmungen beschlossenen Investitionsverbotes hinsichtlich Südafrika auf private Neuinvestitionen, habe ich dem Präsidenten der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft mit Schreiben vom 6.3.1987 mitgeteilt.

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten

Beilage A

A

UNITED
NATIONS

General Assembly

Distr.
GENERALA/RES/43/92
8 March 1989Forty-third session
Agenda item 88

RESOLUTION ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY

[on the report of the Third Committee (A/43/776)]

43/92. Adverse consequences for the enjoyment of human rights of political, military, economic and other forms of assistance given to the racist and colonialist régime of South Africa

The General Assembly,

Recalling its resolutions 3382 (XXX) and 3383 (XXX) of 10 November 1975, 33/23 of 29 November 1978, 35/32 of 14 November 1980, 37/39 of 3 December 1982, 39/15 of 23 November 1984 and 41/95 of 4 December 1986,

Recalling also its resolutions 3201 (S-VI) and 3202 (S-VI) of 1 May 1974, containing the Declaration and the Programme of Action on the Establishment of a New International Economic Order, and 3281 (XXIX) of 12 December 1974, containing the Charter of Economic Rights and Duties of States,

Mindful of its resolution 3171 (XXVIII) of 17 December 1973 relating to permanent sovereignty over natural resources of both developing countries and territories under colonial and foreign domination or subjected to the apartheid régime,

Recalling its resolutions on military collaboration with South Africa, as well as Security Council resolutions 418 (1977) of 4 November 1977, 421 (1977) of 9 December 1977, 558 (1984) of 13 December 1984 and 569 (1985) of 26 July 1985,

Taking into account, in particular, the relevant decisions adopted by the Assembly of Heads of State and Government of the Organization of African Unity at

89-06224 10712 (E)

/...

A/RES/43/92

Page 2

its twenty-fourth ordinary session, held at Addis Ababa from 25 to 28 May 1988, 1/ and by the Council of Ministers of that organization at its forty-eighth ordinary session, held at Addis Ababa from 19 to 23 May 1988, 2/

Taking note with satisfaction of the updated report prepared by the Special Rapporteur of the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities on the adverse consequences for the enjoyment of human rights of political, military, economic and other forms of assistance given to the racist and colonialist régime of South Africa, 3/

Noting with regret that the request contained in its resolution 41/95 with regard to making available to the Special Rapporteur two economists was not implemented,

Reaffirming that any collaboration with the racist régime of South Africa constitutes a hostile act against the oppressed peoples of southern Africa in their struggle for freedom and independence and a contemptuous defiance of the United Nations and of the international community,

Considering that such collaboration enables South Africa to acquire the means necessary to carry out acts of aggression and blackmail against independent African States,

Deeply concerned that the major Western and other trading partners of South Africa continue to collaborate with that racist régime and that their collaboration constitutes the main obstacle to the liquidation of that racist régime and the elimination of the inhuman and criminal system of apartheid,

Alarmed at the continued collaboration of certain Western States and Israel with the racist régime of South Africa in the nuclear field,

Regretting that the Security Council has not been in a position to take binding decisions to prevent any collaboration in the nuclear field with South Africa,

Affirming that the highest priority must be accorded to international action to secure the full implementation of the resolutions of the United Nations for the eradication of apartheid and the liberation of the peoples of southern Africa,

Conscious of the continuing need to mobilize world public opinion against the political, military, economic and other forms of assistance given to the racist and colonialist régime of South Africa,

1/ See A/43/398, annex II.

2/ Ibid., annex I.

3/ E/CN.4/Sub.2/1988/6 and Add.1.

/...

A/RES/43/92
Page 3

1. Reaffirms the inalienable right of the oppressed peoples of southern Africa to self-determination, independence and the enjoyment of the natural resources of their territories;
2. Again reaffirms the right of those same peoples to dispose of those resources for their greater well-being and to obtain just reparation for the exploitation, depletion, loss or depreciation of those natural resources, including reparation for the exploitation and abuse of their human resources;
3. Vigorously condemns the collaboration of certain Western States, Israel and other States, as well as the transnational corporations and other organizations, which maintain or continue to increase their collaboration with the racist and colonialist régime of South Africa, especially in the political, economic, military and nuclear fields, thus encouraging that régime to persist in its inhuman and criminal policy of brutal oppression of the peoples of southern Africa and denial of their human rights;
4. Reaffirms once again that States and organizations that give assistance to the racist régime of South Africa become accomplices in the inhuman practices of racial discrimination, colonialism and apartheid perpetrated by that régime, as well as in the acts of aggression against the liberation movements and neighbouring States;
5. Requests the Security Council once again urgently to consider the imposition of comprehensive and mandatory sanctions under Chapter VII of the Charter of the United Nations against the racist régime of South Africa, in particular:
 - (a) The prohibition of all technological assistance or collaboration in the manufacture of arms and military supplies in South Africa;
 - (b) The cessation of all collaboration with South Africa in the nuclear field;
 - (c) The prohibition of all loans to, and all investments in, South Africa and the cessation of any trade with South Africa;
 - (d) An embargo on the supply of petroleum, petroleum products and other strategic goods to South Africa;
6. Appeals to all States, specialized agencies and non-governmental organizations to extend all possible co-operation to the liberation movements of southern Africa recognized by the United Nations and the Organization of African Unity;
7. Expresses its appreciation to the Special Rapporteur of the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities for his updated report; 3/

A/RES/43/92
Page 4

8. Reaffirms that the updating of the report on the adverse consequences for the enjoyment of human rights of political, military, economic and other forms of assistance given to the racist and colonialist régime of South Africa is of the greatest importance to the cause of fighting apartheid and other violations of human rights in South Africa and Namibia;

9. Invites the Special Rapporteur:

(a) To continue to update, subject to annual review, the list of banks, transnational corporations and other organizations assisting the racist and colonialist régime of South Africa, giving such details regarding enterprises listed as the Rapporteur may consider necessary and appropriate, including explanations of responses, if any, and to submit the updated report to the General Assembly at its forty-fifth session;

(b) To use all available material from other United Nations organs, Member States, national liberation movements recognized by the Organization of African Unity, specialized agencies and other intergovernmental and non-governmental organizations, as well as other relevant sources, in order to indicate the volume, nature and adverse human consequences of the assistance given to the racist régime of South Africa;

(c) To intensify direct contacts with the United Nations Centre on Transnational Corporations, the Centre against Apartheid of the Secretariat and the United Nations Council for Namibia, with a view to consolidating mutual co-operation in updating his report;

10. Requests the Secretary-General to give the Special Rapporteur all the assistance, including adequate travel funds, that he may require in the exercise of his mandate, with a view, in particular, to intensifying direct contacts with the United Nations Centre on Transnational Corporations, the Centre against Apartheid and the United Nations Council for Namibia, to expanding his work on the annotation of certain selected cases as reflected in the list contained in his report and to continuing the computerization of future updated lists;

11. Demands that the Secretary-General, in accordance with Economic and Social Council decision 1986/145 of 23 May 1986, make available to the Special Rapporteur two economists to help him to develop his work of analysis and documentation of some special cases mentioned in his report;

12. Notes with satisfaction the disinvestment measures, trade restrictions and other positive measures taken by some countries and transnational corporations, and encourages them to continue in this direction;

13. Requests the Special Rapporteur to include in his updated report a list of partial disinvestment of foreign enterprises from South Africa, enumerating various techniques employed to avoid total withdrawal from participation in the South African economy;

/...

A/RES/43/92
Page 5

14. Calls upon the Governments of the countries where the banks, transnational corporations and other organizations named and listed in the updated report are based to take effective action to put a stop to their trading, manufacturing and investing activities in the territory of South Africa as well as in the Territory of Namibia illegally occupied by the racist Pretoria régime;

15. Urgently requests all specialized agencies, particularly the International Monetary Fund and the World Bank, to refrain from granting loans or financial assistance of any type to the racist régime of South Africa;

16. Requests the Secretary-General to transmit the updated report to the Special Committee against Apartheid, the United Nations Council for Namibia, other bodies concerned within the United Nations system and regional international organizations;

17. Invites the Secretary-General to give the updated report the widest dissemination, to issue it as a United Nations publication and to make it available to learned societies, research centres, universities, political and humanitarian organizations and other interested groups;

18. Calls upon all Governments to co-operate with the Special Rapporteur in making the report even more accurate and informative;

19. Calls upon all States, specialized agencies and regional, intergovernmental and other organizations concerned to give wide publicity to the updated report;

20. Invites the Commission on Human Rights to give high priority at its forty-fifth session to the consideration of the updated report;

21. Decides to consider at its forty-fifth session, as a matter of high priority, the item entitled "Adverse consequences for the enjoyment of human rights of political, military, economic and other forms of assistance given to the racist and colonialist régime of South Africa", in the light of any recommendations which the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities, the Commission on Human Rights, the Economic and Social Council and the Special Committee against Apartheid may wish to submit to it.

75th plenary meeting
8 December 1988

Beilage B

RECORDED VOTE ON RESOLUTION 43/92:

In favour: Afghanistan, Albania, Algeria, Angola, Antigua and Barbuda, Argentina, Bahamas, Bahrain, Bangladesh, Barbados, Belize, Benin, Bhutan, Bolivia, Botswana, Brazil, Brunei Darussalam, Bulgaria, Burkina Faso, Burma, Burundi, Byelorussia, Cameroon, Cape Verde, Central African Republic, Chad, China, Colombia, Comoros, Congo, Costa Rica, Cote d'Ivoire, Cuba, Cyprus, Czechoslovakia, Democratic Kampuchea, Democratic Yemen, Djibouti, Dominica, Dominican Republic, Ecuador, Egypt, El Salvador, Ethiopia, Fiji, Gabon, Gambia, German Democratic Republic, Ghana, Grenada, Guatemala, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Honduras, Hungary, India, Indonesia, Iran, Iraq, Jamaica, Jordan, Kenya, Kuwait, Lao People's Democratic Republic, Lebanon, Lesotho, Liberia, Libya, Madagascar, Malaysia, Maldives, Mali, Mauritania, Mauritius, Mexico, Mongolia, Morocco, Mozambique, Nepal, Nicaragua, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Panama, Papua New Guinea, Peru, Philippines, Poland, Qatar, Romania, Rwanda, Saint Lucia, Saint Vincent, Samoa, Sao Tome and Principe, Saudi Arabia, Senegal, Seychelles, Sierra Leone, Singapore, Solomon Islands, Somalia, Sri Lanka, St. Kitts and Nevis, Sudan, Suriname, Swaziland, Syria, Thailand, Togo, Trinidad and Tobago, Tunisia, Turkey, Uganda, Ukraine, USSR, United Arab Emirates, United Republic of Tanzania, Uruguay, Vanuatu, Venezuela, Viet Nam, Yemen, Yugoslavia, Zambia, Zimbabwe.

Against: Belgium, France, Federal Republic of Germany, Israel, Italy, Luxembourg, Netherlands, Portugal, United Kingdom, United States.

Abstaining: Australia, Austria, Canada, Denmark, Equatorial Guinea, Finland, Greece, Iceland, Ireland, Japan, Malawi, Malta, New Zealand, Norway, Spain, Sweden, Zaire^a.

Absent: Chile, Paraguay.